

«Ökoterrorist» im Anti-Atom-Komitee

Vor 21 Jahren schoss Chaim Nissim mit einem Raketenwerfer auf eine AKW-Baustelle. Heute sitzt er im Komitee der Atom-Initiativen. Die SVP will ein schärferes Strafrecht.

Von Peter Johannes Meier

«Jede Terrororganisation kann zur Nuklearmacht werden, wenn sie im gegnerischen Land ein Atomkraftwerk zerstört.» Ein Argument, das die Urheber der Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» ins Feld führen. Doch ausgerechnet einer von ihnen war ein «Ökoterrorist»: Chaim Nissim, grüner Politiker und langjähriger Genfer Grossrat. 21 Jahre her - und damit strafrechtlich verjährt - sind seine Schüsse mit einem russischen Raketenwerfer auf die Baustelle des französischen Atomkraftwerks Creys-Malville nahe Genf. Sein Ziel, ein zentrales Gebäude der Anlage, verfehlte er damals knapp, verletzt wurde niemand. Diese Woche outete sich der 53-jährige Nissim in der welschen Presse.

Bei den Initiativgegnern SVP und Economiesuisse sorgte Nissims Geständnis für rote Köpfe: «Es ist wohl zynisch, wenn die Initianten behaupten, Kernkraftwerke seien gefährlich, weil sie ein Ziel für Terroristen sein könnten. Und dann sitzt ein solcher Terrorist selbst im Komitee», kritisierte Urs Rellstab, Sprecher von Economiesuisse. Die SVP geht noch einen Schritt weiter: «Da brüstet sich einer mit einer terroristischen Tat, weil er strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden kann. Das darf künftig nicht mehr möglich sein», so SVP-Sprecher Yves Bichsel. Die Partei werde in einer Motion verlangen, dass die Verjährung terroristischer Akte im Strafgesetz aufgehoben wird. Grüne und Initianten müssten sich zudem klar von Nissim distanzieren.

«Wir sind selber erschrocken»

Das Initiativkomitee reagierte gestern - nach Anfrage des TA: «Wir waren selber erschrocken, als wir von der Geschichte hörten. Sicher hätten wir eine Person mit diesem Hintergrund nicht ins Komitee aufgenommen. Doch wir waren nicht eingeweiht», sagte Tschoff Löw, Vorstandsmitglied des Initiativkomitees. «Nicht nachvollziehbar» sei für ihn, dass Nissim seine Geschichte ausgerechnet eine Woche vor der Abstimmung ausbreite.

Nissim ist auch Mitglied der Grünen Partei, für die er aber kein politisches Amt mehr innehat. «Wir distanzieren uns klar von dem, was er vor über 20 Jahren gemacht hat. Offenbar hat sich seine Einstellung zur Gewalt aber geändert, und die Tat ist verjährt. Das respektieren wir. Wir sehen darum keinen Grund, uns heute von ihm zu distanzieren», so Hubert Zurkinden, Sprecher der Grünen Partei.

Und wie sieht es Nissim selbst mit der Gewalt? «Ich setze mich ein für einen friedlichen Protest gegen den G-8-Gipfel in Evian. Dies war - neben der Verjährung - ein Grund, die Malville-Geschichte jetzt auf den Tisch zu legen - und sie in die laufende Gewaltdebatte einzubringen.» Den Jungen von heute wolle er klar machen, dass Gewalt kontraproduktiv sei. Ein reuiger Terrorist? So einfach macht es einem Nissim nicht. Unterscheiden will er zwischen Gewalt gegen Menschen, die sich nicht auszahlt, und «direkten Aktionen» wie Sabotagen und Blockaden, die, «massvoll eingesetzt», auch heute legitim seien. Seinen eigenen Raketenangriff wertet er in diesem Sinne gar als «gewaltfrei».